



Länderbericht Kuba

**“Kuba und die UN-Menschenrechtskommission:
Punktsieg ohne Folgen”**

Mexiko-Stadt / Mexiko

19. April 2004

von Dr. Stefan Hofmann
Projektassistent
Länderprogramm Mexiko

Kuba und die Menschenrechtskommission: Punktsieg ohne Folgen

Knapper hätte das Abstimmungsergebnis nicht ausfallen können: 22 Stimmen für die Resolution, 21 dagegen, 10 Enthaltungen. Am Donnerstag, 15. April 2004, verabschiedete die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in einer der umkämpftesten Votationen eine kubakritische Erklärung, in der die Regierung Fidel Castros nicht nur wie in den Jahren zuvor aufgefordert wurde, eine Persönliche Beauftragte des UN-Hochkommissars für Menschenrechte – die französische Juristin Christine Chanet – zur Erfüllung ihres Beobachtungsauftrages in Kuba ins Land zu lassen. Dieses Jahr gab es auch explizite Kritik an den Verhaftungen des vergangenen Jahres, eine Aufforderung, Meinungs- und Glaubensfreiheit effektiv zuzulassen sowie die Menschen- und politischen Rechte der kubanischen Bürger zu respektieren.

Der kubanische Vertreter in der Kommission, Juan Antonio Fernández Palacios, sprach umgehend von der „Farce“, die die USA seit über einem Jahrzehnt betrieben. Der Blick der Kommission sei getrübt „von der hegemonialen Macht, die nun von der faschistischen Gruppe ausgeübt wird, die auf betrügerischem Weg die Macht in den USA an sich gerissen hat“.¹ Fernández übte einerseits harsche Kritik an Honduras, dessen Präsident Ricardo Maduro zuvor erklärt hatte, er habe den von seinem Land eingebrachten Resolutionsentwurf eigenhändig verfasst.² Die Schuld an der diplomatischen Niederlage der seit über 45 Jahren vom nunmehr greisen Fidel Castro regierten Diktatur trügen die USA und die „Lakaien der Tschechischen Republik“.³ (In Tschechien, das den Resolutionsentwurf ebenfalls unterstützt hatte, engagiert sich die Organisation „*People in Need*“ besonders intensiv für Menschenrechte und die Opposition in Kuba. Václav Havel hat in diesem Jahr erneut den führenden kubanischen Oppositionellen, Oswaldo Payá Sardiñas, für den Friedensnobelpreis nominiert.)

Politische Schadensbegrenzung nach dem Scheitern der kubanischen Diplomatie-Offensive, die seit Monaten die Agenda des erst 39-jährigen Chefs der Außenpolitik der Insel, Felipe Pérez Roque, bestimmt hatte.

In Argentinien hatte ihm Präsident Néstor Kirchner versichert, sein Land werde sich der Stimme enthalten. Kirchner hielt Wort. Brasiliens Präsident Ignacio „Lula“ da Silva war selbst nach Kuba gekommen und ließ die Inselregierung das Gesicht wahren, indem er sich nicht mit Oppositionellen traf. Auch Brasilien enthielt sich. Angesichts der Pressionen aus Havanna verlegten sich Chile und Paraguay auf

¹ Presstext zur Erklärung E/CN.4/2004/L.13. Internet: <http://www.unhchr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/D45BB29E34B83CFEC1256E780026FC94?opendocument> (eig. Übers. aus dem Englischen). Zur Ermöglichung des Zeilenumbruchs wurden in die URLs Leerzeichen am Zeilenende eingefügt, die zur Wiederherstellung des „Funktionierens“ im Dokument entfernt werden müssen.

² Vgl.: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20040412/ee6cd47ee471ab7b656cbf123e02fe91.html>

³ Vgl. auch Internet: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20040415/b7798684a5ab16d3fad187680eb6834.html>.

eine zunächst abwartende Haltung. Man wolle den Text des Resolutionsentwurfes erst einmal sehen. Peruanische Abgeordnete hatten ihre Regierung gedrängt, sie möge sich in Genf zu Kuba der Stimme enthalten. Costa Rica hatte schon im Vorfeld seine Übereinstimmung mit dem hondurenischen Resolutionsentwurf erklärt. Und nach der Forderung mexikanischer Abgeordneter (von PRI und PRD), auch ihre Regierung möge sich in Genf enthalten, hatte ein Telefonat zwischen US-Präsident George W. Bush und seinem mexikanischen Amtskollegen Vicente Fox noch am Vortag der Votation für Schlagzeilen gesorgt.

In seiner diplomatischen Offensive zur Vermeidung eines „kritischen“ Votums beschwor Pérez Roque insbesondere den kubanischen Hauptfeind, die USA, als Ursache aller Probleme gerade der lateinamerikanischen Welt. Ein Argument, das nicht zuletzt angesichts der wechselhaften Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents bei vielen Bürgern verfängt. Zu wach ist in Mexiko die Erinnerung, dass das Land einen großen Teil des eigenen Territoriums an die USA verlor, zu präsent die jüngere Geschichte in jenen lateinamerikanischen Staaten, in denen Militärregierungen dank CIA-Unterstützung an die Macht gelangt waren oder sich dort unter Missachtung elementarer Menschenrechte halten konnten. Auch das Vorgehen der USA gegenüber Irak weckte oder verstärkte entsprechende Ressentiments.

Der Vorwurf, sich von US-Pressionen die internationale Position des eigenen Landes vorschreiben zu lassen und zudem aus einer lateinamerikanischen Solidarität auszuscheren, ist angesichts dieser politischen und historischen Rahmenbedingungen eine schwere Hypothek auf dem Image einer Regierung – je deutlicher, je näher der „große Nachbar“ ist. Vicente Fox muss nun für seine „US-freundliche“ Position damit rechnen, dass die Opposition dieses Verhalten gegen ihn einzusetzen versucht. Ähnliches droht innenpolitisch der peruanischen Regierung, die ebenfalls in ihrem Abstimmungsverhalten die kubanischen Verhältnisse kritisierten.

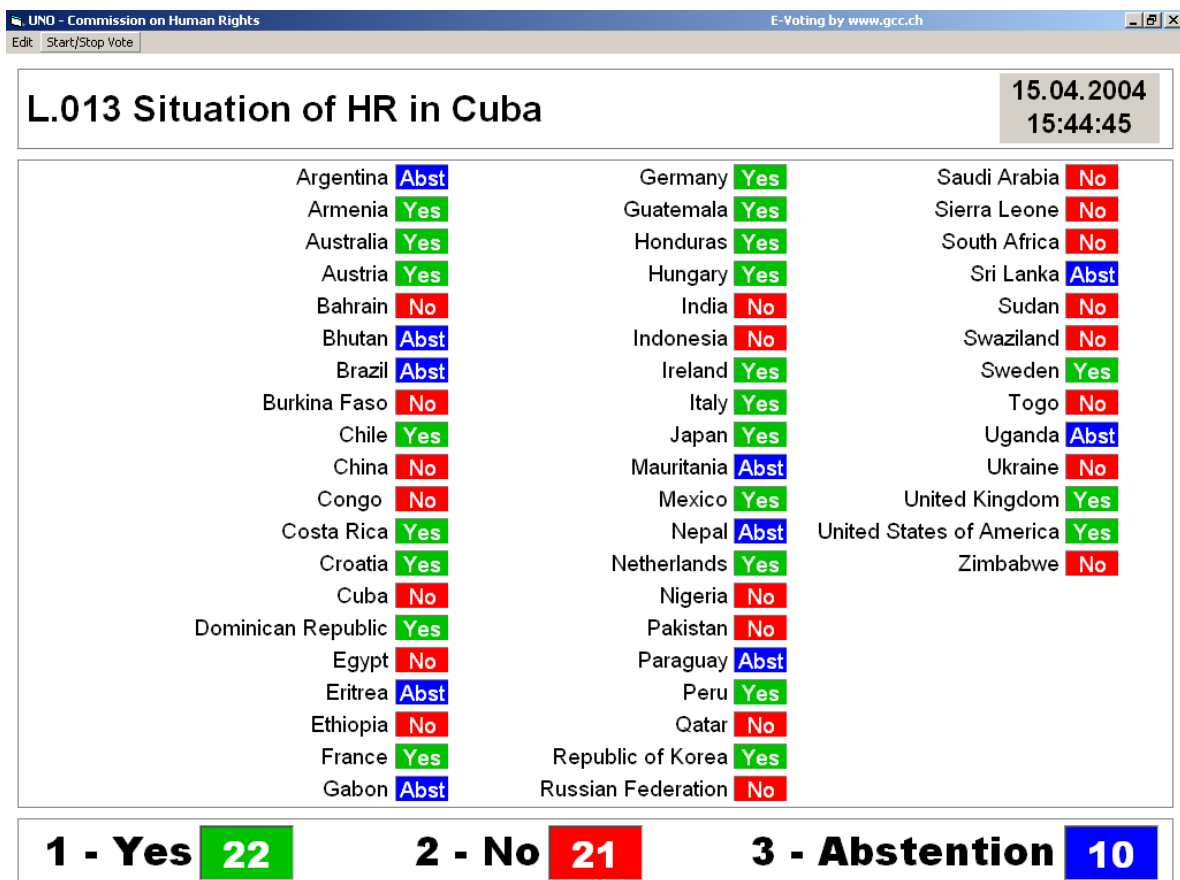
Wenn diplomatische Druckmittel bereits im Vorfeld nicht halfen, griff der seit 1991 im inneren Beraterkreis Fidel Castros dienende Minister auch zu Beleidigungen. Wer Kuba kritisiert, zählt für ihn zu den „Lakaien“ und „Knechten“ des US-Imperialismus. Den Präsidenten Uruguays Jorge Batlle titulierte er nach dem kuba-kritischen Votum des Landes in der Menschenrechtskommission 2002 als „Stiefel-lecker“ Washingtons.⁴ Und auch den ehemaligen Chef der mexikanischen Außenbeziehungen, Jorge Castañeda, Sinnbild für den Wandel in Mexikos Außenpolitik zu Kuba und nun selbst in der Riege der mexikanischen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2006, belegte die Regierungszeitung „Granma“ mit Begriffen wie „Intrigant“, „Kanaille“ und „Lügner gegenüber dem mexikanischen Volk“.⁵

⁴ Vgl.: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20040305/e20c0f030e63ea8aafd58d1fcf9f27aa.html>.

⁵ Granma digital Internacional vom 8.4.2004: „Otra vez las canalladas de Castañeda“. Internet: www.granma.cu/espanol/2004/abril/juev8/castaneda.html

Hilft auch dies nichts, so greift der kubanische Geheimdienst zu noch drastischeren Maßnahmen. Für einen diplomatischen Skandal sorgte jüngst, als herauskam, dass die Kubaner das Dienst-Telefon eines castrokritischen Abgeordneten Uruguays angezapft hatte. Wissen ist Macht. Und wer sich weder überzeugen noch kaufen lässt, lässt sich vielleicht erpressen.

Im Sinne der Castro-Regierung loyal verhielten sich insbesondere Paraguay, Argentinien und Brasilien, die sich der Stimme enthielten. Mit Ausnahme Kubas, das als Kommissionsmitglied selbstverständlich gegen den Resolutionsentwurf stimmte, waren ansonsten alle in diesem Gremium vertretenen Länder Lateinamerikas Gegner der kubanischen Menschenrechtspolitik. Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Guatemala, Honduras, Mexiko und Peru stimmten für die Resolution, die eindeutig die Menschenrechtsverletzungen in Kuba anprangert. (s. Grafik)



Quelle: UNHCR. Internet: <http://www.unhchr.ch/html/menu2/2/60chr/results/L13.doc>.

Das fast geschlossene Auftreten Lateinamerikas kann als Zeichen des Mutes gewertet werden. Gerade die Regierungen Lateinamerikas haben sicherlich auch dieses Jahr genau geprüft, welche Haltung sie gegenüber Kuba einnehmen. Letztlich hängt das Abstimmungsverhalten der meisten UN-Mitgliedsstaaten nicht von moralischen Überzeugungen ihrer Regierungen ab, sondern schlicht von einer kühlen Kosten-Nutzen-Abwägung. Und hier gibt es – neben der Sorge, in der

Öffentlichkeit als US-Vasallen dazustehen – ein wichtiges Argument: Die Zuckerinsel ist mit elf Millionen Einwohnern zwar nicht gerade groß und angesichts der sozialistischen Zwangsjacke (gepaart mit den Konsequenzen der US-Handels- und Reisebeschränkungen) hat auch die wirtschaftliche Entwicklung kaum eine Chance. Doch im Zusammenspiel mit noch immer verbreiteten, romantischen Vorstellungen von der kubanischen Revolution ist der von Castro propagierte sozialistische Internationalismus ausgesprochen virulent. Zudem kann Kuba auf einige Errungenschaften pochen, die in anderen Ländern der Region keineswegs selbstverständlich sind: Hunger war zumindest jahrzehntelang auf der Insel kein Thema, die Gesundheitsversorgung ist auf vergleichsweise hohem Niveau und für Kubaner kostenlos (sofern sie Medikamente und medizinisches Material besorgen können), das Bildungssystem genießt einen guten Ruf. Und schließlich trotz Kuba als sozialistischer Staat dem oft pauschal angefeindeten „Neoliberalismus“

Ein Beispiel für die „Exportqualitäten“ der kubanischen Revolution ist Venezuela. Dessen Präsident Hugo Chávez wird von Fidel Castro ganz offen bei seiner „bolivarianischen Revolution“ unterstützt, mit der die bestehenden demokratischen Strukturen systematisch ausgehöhlt werden.⁶ Im April wurde Hugo Chávez' Bruder zum Botschafter Venezuelas in Havanna ernannt – ein deutliches Zeichen. In verschiedenen Ländern Lateinamerikas soll Castro Guerilla-Gruppen aufgebaut und unterstützt haben, die manchen Regierungen bis heute das Leben schwer machen. „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“, hatte einst Castros Mitstreiter Ernesto „Che“ Guevara postuliert. Kubanische Militärs kämpften anschließend jahrelang in Angola. Castro scheint nun das Motto dergestalt angepasst zu haben: „Schaffen wir zwei, drei, viele Kubas!“

Es erstaunt nicht, dass Pérez Roque zu Pressionen greift, um das internationale Image Kubas zu retten. Denn die Lage der Menschenrechte in Kuba ist katastrophal. Die Presse ist gleichgeschaltet, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt es nicht. Wer eine von der offiziellen Linie abweichende Meinung äußert, läuft Gefahr, inhaftiert und ohne jegliche rechtsstaatliche Garantien abgeurteilt zu werden. Dieses Risiko wächst, je mehr es eine Oppositionsgruppe schafft, immer breitere Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Noch bis Februar 2003 gingen die meisten Schätzungen davon aus, dass Fidel Castro rund 300 friedliche Oppositionelle in Kubas Gefängnissen festhält.

Am 18. März 2003, nach einer trügerischen Phase vermeintlichen Tauwetters, war es soweit. Innerhalb weniger Tage wurden zunächst 79 Personen verhaftet, in nichtöffentlichen Schnellprozessen 75 von ihnen zu Haftstrafen zwischen sechs und 28 Jahren verurteilt. Rechtliche Grundlage der Urteile waren das Gesetz 88 sowie Artikel 91 des Strafgesetzbuches. Gesetz 88 trägt den Spitznamen „*Ley Mordaza*“, Knebelgesetz, in der offiziellen Lesart ist es das „Gesetz 88 zum Schutz der Unabhängigkeit der kubanischen Nation und Wirtschaft (*Ley 88 de Protección de la Independencia Nacional y la Economía de Cuba*)“. Es erlaubt die willkürliche Ausübung von Repression inklusive der Todesstrafe, etwa für die Zusammenarbeit

⁶ Vgl. die verschiedenen KAS-Länderberichte aus Venezuela u.a. in www.kas.de.

mit Presseorganen, die nicht der offiziellen Presse Kubas angehören, die Annahme von Entgelt für entsprechende Tätigkeiten oder die Annahme jeglicher Art von Spenden, die nicht von der Regierung genehmigt wurden. Unter Strafe stehen ebenso der Besitz und die Verbreitung von „subversivem Material“, das Stören der öffentlichen Ordnung durch jede Art von Demonstration, die nicht mit der offiziellen Regierungslinie übereinstimmt. Erschwerend wird angerechnet, wenn die Tat von zwei oder mehreren Personen ausgeführt wird.⁷ Artikel 91 des Strafgesetzbuches bestimmt: „Wer im Interesse eines ausländischen Staates eine Tat begeht, die zum Ziel hat, dass die Unabhängigkeit des kubanischen Staates oder die Integrität seines Staatsgebietes Schaden nimmt, wird mit Freiheitsentzug zwischen zehn und 20 Jahren oder dem Tode bestraft.“⁸ Die Richter verhängten auf der Basis dieser beiden Normen insgesamt Haftstrafen von mehr als 1400 Jahren.

Ein Teil der Repressionswelle war am 11. April 2003 – also während der damaligen Verhandlungen der Menschenrechtskommission – auch die Exekution von drei Personen, die versucht hatten, eine Personenfähre in ihre Gewalt zu bringen, um damit in die USA zu gelangen. Keiner der Passagiere wurde bei dem Versuch verletzt.

Die Opfer der Verhaftungswelle waren mit Bedacht ausgewählt. Im Visier standen hauptsächlich die wohl bestorganisierte Oppositionsbewegung innerhalb Kubas, das „*Proyecto Varela*“, sowie unabhängige Journalisten. Mehr als 40 der im März 2003 Verhafteten sind wegen ihres Engagements für das Varela-Projekt verurteilt worden.⁹ Die übrigen Häftlinge sind in der Mehrzahl unabhängige Journalisten, die teils für den in den USA stationierten Sender „*Radio Martí*“ oder teils für andere, oft im Ausland angesiedelte Medien arbeiteten.¹⁰

Einer der bekanntesten Journalisten unter den Verurteilten ist der Dichter und Gründer der unabhängigen Nachrichtenagentur „*Cuba Press*“, Raúl Rivero Castañeda. Er wurde unter anderem wegen seiner Kontakte zur französischen Nachrichtenagentur AFP sowie zu der in Frankreich angesiedelten Nicht-Regierungsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. „Reporter ohne Grenzen“ bezeichnet Kuba heute als das „größte Gefängnis für Journalisten der Welt.“¹¹

⁷ Vgl. Internet: http://www.cpj.org/Briefings/2003/cubackdown/law88_spa.html bzw. www.gacetaoficial.cu.

⁸ „El que, en interés de un Estado extranjero, ejecute un hecho con el objeto de que sufra detrimento la independencia del Estado cubano o la integridad de su territorio, incurre en sanción de privación de libertad de diez a veinte años o muerte.“ Zitiert nach: http://www.cpj.org/Briefings/2003/cubackdown/article91_spa.html. (eigene Übersetzung)

⁹ Unter den Verhafteten sind auch fünf der – einschließlich Oswaldo Payá – sieben Unterzeichner des Briefes an den Parlamentspräsidenten Ricardo Alarcón de Quesada anlässlich der Präsentation der ersten 11.020 Unterschriften.

¹⁰ Zur Lage der unabhängigen Journalisten vor der Repressionswelle vgl. u.a.: http://www.cpj.org/attacks02/spanish/cuba_sp.html.

¹¹ Vgl. Internet: http://www.rsf.org/rubrique.php3?id_rubrique=372.

Die Verhaftungswelle im März 2003 beraubte das Varela-Projekt praktisch der gesamten zweiten Führungsebene. Auf freiem Fuß blieb jedoch Oswaldo Payá Sardiñas, Sacharow-Preisträger und – nach der erfolglosen Kandidatur 2003 – von Václav Havel jüngst erneut für den Friedensnobelpreis 2004 nominiert. Wollte die Castro-Regierung zusätzlichen diplomatischen Ärger vermeiden? Auch der Verdacht liegt nahe, dass die Regierung hoffte, das Projekt und die Bewegung Payás durch trügerische Freiheit besser kontrollieren zu können. Vielleicht wird in einigen Jahren die Auswertung der Dokumente der kubanischen Staatssicherheit die Antwort bringen.

Das Varela-Projekt trat am 9. März 2001 ins Licht der Öffentlichkeit, als über 100 Nicht-Regierungsorganisationen zu einer von der Christlichen Befreiungsbewegung (*Movimiento Cristiano de Liberación*, MCL) initiierten Unterschriftensammlung aufriefen. Diese nahm eine Bestimmung der kubanischen Verfassung (genauer: Artikel 88 g¹²) beim Wort, gemäß derer sich das Parlament mit einem vom Volk präsentierten Gesetzesvorschlag auseinandersetzen müsse, sofern mindestens 10.000 Bürger dieses mit ihrer Unterschrift unterstützten. Der Vorschlag des Varela-Projekts sah eine demokratische Öffnung Kubas von Innen vor – mit Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie freien Wahlen. Am 10. März 2002 legte die MCL der *Asamblea Nacional del Poder Popular*, dem kubanischen Parlament, eine von 11.020 Bürgern unterstützte Petition vor. Die Forderung: ein Referendum über die Einführung freier Wahlen, wirtschaftlicher Freiheiten, von Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie eine Amnestie für politische Häftlinge.

Das in DDR-Manier gewählte Parlament Kubas ignorierte jedoch das den geltenden Rechtsrahmen respektierende Begehren. Auch der Besuch Jimmy Carters, der sich in einer Direktansprache an das kubanische Volk für das *Proyecto Varela* einsetzte, änderte daran nichts. Als Antwort ließ jedoch Fidel Castro rund acht Millionen Kubaner antreten, um den Sozialismus „unantastbar“ in der kubanischen Verfassung festzuschreiben – „die erdrückendste ideologische Niederlage, sowohl intern als auch extern, die der Imperialismus in Kuba und in jedem anderen Teil der Welt!“ erlitten habe, meldete pflichtschuldig die Regierungspresse.

Den Bürgern blieb kaum eine andere Wahl, als dem Aufruf Castros zu folgen. Nach dem Sieg der Revolution über den Diktator Fulgencio Batista, den Fidel Castro am 8. Januar 1959 mit einem triumphalen Einzug seiner Mitstreiter nach Havanna zelebrierte, wurde in Kuba ein Kontrollsystem eingeführt, das auf einer Art Blockwart-Komitees basiert, den „*Comité para la Defensa de la Revolución*“. Touristen, die aufmerksam durch Havanna spazieren, stoßen allerorten auf (manchmal improvisierte, mitunter geradezu „westlich“ gestaltete) Schilder „CDR“, versehen mit ihrer jeweiligen Nummer und oft dem Namen eines jener Revolutionäre, die Castro nicht im Nachhinein zu Abtrünnigen erklärt hatte. Die Bürger sind

¹² Artículo 88.- La iniciativa de las leyes compete: ...g) a los ciudadanos. En este caso será requisito indispensable que ejerciten la iniciativa diez mil ciudadanos, por lo menos que tengan la condición de electores. Zitiert nach: Internet: <http://www.georgetown.edu/pdba/Constitutions/Cuba/cuba1992.html>.

aufgerufen, sämtliche „konterrevolutionären“ Aktivitäten dem zuständigen CDR zu melden. Einschüchterungen zu Hause oder auf der Straße sowie Vorladungen in eine Polizeistation mit Verwarnung sind die Folge. Eine Folge: Kuba gilt als einer der sichersten Orte ganz Lateinamerikas.

Die Mitstreiter des Varela-Projekts ließen sich weder von der gegnerischen „Volksabstimmung“ noch von der Verhaftungswelle beirren. Ende 2003 legten sie weitere 14.000 Unterschriften vor. Wenige Wochen später publizierte Oswaldo Payá zudem ein Diskussionspapier, das gewissermaßen der Vorschlag für eine Übergangsverfassung der Nach-Castro-Phase ist. Das Zeichen Payás nach außen: Die Mauer der Angst vor dem Regime ist gefallen. Doch gerade dieses System der Angst ist ein Pfeiler der Castro-Regierung.

Wer in die Mühlen der Politischen Polizei und des Geheimdienstes gerät und schließlich als politischer Gefangener inhaftiert wird, muss sich auf Schlimmstes gefasst machen. Die Ernährung ist unzureichend und, ebenso wie das Trinkwasser, meist von ausgesprochen schlechter Qualität. Politische Gefangene müssen sich die Zelle entweder mit Kriminellen teilen oder werden – teils wochenlang ohne Tageslicht – in unzureichend ventilierte Einzelzellen gesperrt, in denen eine Betonpritsche als Bett, ein Loch in der Ecke als Toilette dient. Ungeziefer, Ratten und Moskitos machen den Gefangenen das Leben noch schwerer. Dazu kommen körperliche und seelische Misshandlungen durch das Wachpersonal. Wer sich als politischer Gefangener weigert, die Anstaltskleidung zu tragen, darf nur die Unterwäsche behalten. Zudem werden politische Gefangene systematisch in Haftanstalten, die fern von ihren Familien liegen, untergebracht. Der Kontakt zu Familienangehörigen ist auf zwei Stunden alle 30 bis 45 Tage beschränkt. Besuche werden häufig unangekündigt unterbunden. Wer nicht zuletzt aufgrund des Alters – einige der politischen Gefangenen gehören der älteren Generation an, so ist der Journalist Oscar Espinosa Chepe 62 Jahre alt, Carmelo Agustín Díaz Fernández ist 65 – medizinische Behandlung benötigt, sieht sich mit besonders entwürdigenden Untersuchungen und unzureichender Behandlung konfrontiert.

Die kubanische Regierung hat angesichts des anstehenden Abstimmung in der Menschenrechtskommission versucht, der Öffentlichkeit zur Lage in den Gefängnissen Sand in die Augen zu streuen. In Überraschungsbesuchen überrumpelte ein Kamerateam sieben Familien politischer Häftlinge, um anschließend in einem fast 20-minütigen „Bericht“ die humane Situation in Kubas Gefängnissen zu loben.¹³ Das kubanische Fernsehen zeigte zudem Bilder aus einem Frauengefängnis (*Prisión de Mujeres de Occidente*) und einem Gefängnis Krankenhaus (der Haftanstalt *Combinado del Este*): frische Farbe, Tanz, Musik, wenig Arbeit und nagelneue Anstaltskleidung. Auch die Regierungszeitung „*Granma*“ versuchte am 31. März dieses Jahres das Terrain in diesem Sinne zu bereiten. „*Humano y rehabilitador*“, „Menschlich und wiedereingliedernd“, überschrieb sie den Artikel über die Wendung zum Besseren, den die Revolution über das zu Batistas Zeiten

¹³ Vgl. u.a. den Newsletter von www.cubanet.org vom 31. März 2004: „*El castrismo y sus prisiones*.“

grausame Gefängnisleben gebracht habe.¹⁴ Die Gefangenen würden nicht einfach nur verwahrt, man strenge sich vielmehr an, „die Gefängnisse in Schulen zu verwandeln“.

Die 20-jährige Haftstrafe für den 62-jährigen und heute schwer kranken Oscar Espinosa Chepe, dessen Sendungen in „Radio Martí“ der Regierung ein Dorn im Auge waren, spricht eine andere Sprache. Die ebenfalls interviewte Gisela Delgado Sablón, Ehefrau des politischen Gefangenen Héctor Palacios Ruiz, beklagte anschließend die Manipulation ihrer Aussage und verlangte in einem Brief an Außenminister Pérez Roque die Ausstrahlung des gesamten Interviews.¹⁵

So ganz scheint sich auch die Regierung aber auf die „Granma“ und ihre Berichte über die angeblich menschlichen Haftbedingungen in Kuba nicht verlassen zu wollen. 2002 und 2003 hat die UN-Menschenrechtskommission die kubanische Regierung aufgefordert, ihre Sonderbeauftragte ins Land zu lassen: vergebens. Auch Inspektionen der Haftbedingungen politischer Gefangener durch das Internationale Rote Kreuz werden nicht geduldet.¹⁶ Im Rahmen der jüngsten Verhandlungen der UN-Menschenrechtskommission sagte dazu Außenminister Pérez Roque, es sei inakzeptabel gewesen, einen Sonderbeauftragten der UN-Menschenrechtskommission nach Kuba zu entsenden, ohne die Verletzungen der Menschenrechte, die von den USA in Irak begangen werden, ebenfalls zu untersuchen. Inakzeptabel sei es auch deshalb gewesen, da sich die Kommission kontinuierlich weigere, die Menschenrechtsverletzungen in den entwickelten Ländern zu untersuchen. Daher weise Kuba den parteiischen und politisch motivierten Bericht der Persönlichen Repräsentantin des UN-Hochkommissars zurück und bestehe auf dem Recht, „Söldner“, die mit der illegalen Blockade kollaborierten, zu verfolgen, um sich so gegen eine Aggression zu verteidigen.¹⁷

Repression gegen Kritiker des Castro-Regimes findet zudem nicht nur in Kuba statt. Pressionen und Gewalt gegen Kritiker werden weltweit ausgeübt. Kurz nach der Abstimmung in Genf wurde der Exilkubaner Frank Calzón, Direktor des *Centro para una Cuba Libre*, nach Angaben dieser Organisation von einem Mitglied der kubanischen Delegation in Genf tödlich angegriffen: „Er erhielt mehrere Schläge auf den Kopf, wurde niedergeschlagen und verlor das Bewusstsein.“¹⁸ Am 18. März

¹⁴ „Sistema Penitenciario Cubano: Humano y rehabilitador.“ Untertitel: „Hay un médico por cada 200 reclusos, un estomatólogo para cada 900, y una enfermera para cada 100.“ In Granma Digital Internacional vom 31. März 2004, Internet: www.granma.cu/espanol/2004/marzo/mier31/14peni.html.

¹⁵ Vgl.: „Disidente cubana denuncia ‘manipulación’ de entrevista concedida al a televisión oficialista“ in: <http://www.cubaencuentro.com> vom 1. April 2004.

¹⁶ Vgl.: „Disidentes cubanos cumplen los primeros 90 días de prisión en 'deplorables condiciones'“, Encuentro en la red, 20. Juni 2003. Internet: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/represionencuba/noticias/20030620/2c1b702a19df5e157325c52a3de588f9.html>

¹⁷ Übersetzung des Protokolls der Sitzung der Menschenrechtskommission vom 17. März 2004, UN-Dokument E/CN.4/2004/SR.7, Punkt 44, S. 11. (Internet: <http://www.unhchr.ch/html/menu2/2/60chr/index.html>)

¹⁸ <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20040415/8b62d50bb16e392ab4862d355cd6fd4.html>

2004 versuchten kubanische „Demonstranten“ in Buenos Aires, eine Informationsveranstaltung zur Demokratiebewegung (organisiert vom *Centro para la Apertura y el Desarrollo de América Latina*, CADAL) zu stören. Dabei gingen sie auch den Ökonomen Roberto Alemann an. Vor rund eineinhalb Jahren provozierten Castro-Anhänger im mexikanischen Guadalajara auf einer Buchmesse Tumulte, als eine Zeitschrift vorgestellt wurde, die Szenarien für einen Übergang zur Demokratie in Kuba thematisierte. In einem offenen Brief an das französische Außenministerium klagte die kubanischstämmige Schriftstellerin Zoe Valdés in Paris stattfindende Attacken gegen Castro-Gegner an. Offenbar von der kubanischen Botschaft bestellte Schläger hätten gezielt versucht, etwa Kameraleuten oder Fotografen mit einem Hieb auf bestimmte Schädelknochen, das Augenlicht zu nehmen. Exilierte Oppositionelle erhielten als Fußgänger an belebten Kreuzungen von Unbekannten einen Stoß, um sie vor vorbeifahrende Autos zu werfen.¹⁹

Als persönliche Beauftragte des UN-Hochkommissars für Menschenrechte hat sich Christine Chanet trotz fehlenden Visums nach Kuba nach eigenen Angaben bemüht, von außen ein möglichst ausgewogenes Bild von der Lage der Menschenrechte in Kuba zu zeichnen. So nennt sie in ihrem Bericht für die Menschenrechtskommission als positive Elemente das Engagement der kubanischen Regierung im Bildungs- und Gesundheitssektor – die immer wieder zitierten Aushängeschilder der Revolution.²⁰ Auch lobt sie die Verbesserung der Religionsfreiheit als Konsequenz des Papstbesuches 1998, hebt zudem die Bereitschaft zur nicht näher definierten Zusammenarbeit mit Repräsentanten der Menschenrechtskommission in den Bereichen Meinungsfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und willkürliche Verhaftungen hervor. Sicherlich zur Freude Fidel Castros prangert sie auch die „desaströsen und lang anhaltenden, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des dem kubanischen Volk seit über 40 Jahren auferlegten Embargos sowie dessen Auswirkungen auf bürgerliche und politische Rechte“ an.²¹ Ohne diese Haltung zu begründen, nennt Chanet als eine Ursache der Menschenrechtsverletzungen in Kuba die „Blockade“ seitens der USA, die übrigens jährlich von der UN-Vollversammlung verurteilt wird. Chanet verweist jedoch schließlich, wenngleich wenig detailliert, auf die „willkürlichen Verhaftungen“ im März 2003 und die Haftbedingungen, die teils „aus physischer und psychologischer Sicht alarmierend“ seien.

Ungeachtet der lautstarken Rhetorik beider Seiten ist das US-Embargo bei weitem nicht so undurchlässig, wie es gelegentlich scheint. In der Rangliste der internationalen Handelspartner Kubas rangieren die USA mittlerweile auf Platz zehn. Lebensmittel und die meisten Medikamente könne frei gehandelt werden – allerdings nur gegen Bargeld. Den Besuch von US-Handelsdelegationen feiert die

¹⁹ Vgl. http://www.almendron.com/cuaderno/politica/internacional/2004/02/int_0332.pdf.

²⁰ Vgl. Die UN-Dokumente E/CN.4/2004/32 und E/CN.4/2004/32/Corr.1 (korrigierte Fassung der Liste der 75 nach der Verhaftungswelle ab 18. März 2003 Verurteilten).

²¹ „Commission on Human Rights: Sixtieth session (Item 9 of the provisional agenda): Question of the violation of human rights and fundamental freedom in any part of the world – Situation of Human Rights in Cuba. Report submitted by the Personal Representative of the High Commissioner for Human Rights, Christine Chanet. (Dokument E/CN.4/2004/32). S. 2 und f.f..“

offiziell Presse Kubas entsprechend mit großem Nachdruck. US-Amerikaner, die nach Kuba reisen wollen, tun dies problemlos etwa über Mexiko. Die kubanischen Behörden sehen im Gegenzug davon ab, Touristenpässe mit einem Einreisestempel zu versehen.

Auch nach dem Votum der Menschenrechtskommission heißt es für die Verfechter von Freiheit und Menschenwürde in und um Kuba: Ausharren! Eine positive Wirkung der Resolution auf die Lage der politischen Gefangenen ist im Anschluss an die 60. Sitzungsperiode des UN-Gremiums nicht zu erwarten. Bereits kurz nach der Abstimmung in Genf erklärte Pérez Roque die Resolution als „*fracaso*“ (dt. etwa: gescheitert, Scheitern). Man werde die Resolution, die Resultat von Machtpolitik und Pressionen seitens der USA sei, nicht erfüllen.²²

Für den Schutz der Menschenrechts- und Demokratiebewegung Kubas ist öffentliches Engagement der internationalen Politik und der Zivilgesellschaft für deren Projekte, Repräsentanten und Mitarbeiter auf der Insel daher unerlässlich. Es scheint kein Zufall, dass die Verhaftungen im März 2003 ausgerechnet jene Oppositionelle im Visier hatten, die nicht im internationalen Rampenlicht standen.

Letztlich muss sich die internationale Politik der Frage nach der eigenen Kohärenz in Menschenrechtsfragen stellen. Die Garantien für Menschenrechte, rechtsstaatliche Verfahren sowie für die Geltung internationalen Rechts müssen gerade auch in Krisenzeiten in der demokratischen Welt mit höchstem Respekt behandelt werden. Nur so lässt sich verhindern, dass Diktatoren mit dem Fingerzeig auf andere von eigenen Untaten ablenken.

²² Vgl.: <http://www.cubaencuentro.com/sociedad/noticias/20040415/faf0875c07bf7d76175cac298bbc89f4.html>.